

„Ein Gegenfanal setzen“

SPIEGEL-Gespräch Generalbundesanwalt Peter Frank, 47, will härter gegen rechte Straftäter vorgehen – und warnt in der Flüchtlingsdebatte vor Hysterie.



Ausgebranntes Flüchtlingsheim in München: „Eingreifen bei pogromartigen Szenen“

SPIEGEL: Herr Generalbundesanwalt, wo waren Sie am 4. August 2015?

Frank: Ich war im Urlaub, Wandern im Bayerischen Wald, es war ein schönes verlängertes Wochenende. Im Laufe des Tages bin ich dann nach München zurückgefahren.

SPIEGEL: An diesem Tag beklagte Ihr Vorgänger als Generalbundesanwalt, Harald Range, einen „unerträglichen“ Eingriff in seine Ermittlungsarbeit durch Justizminister Heiko Maas. Maas feuerte Range noch am selben Tag und schlug Sie als neuen Generalbundesanwalt vor.

Frank: Zunächst habe ich nicht mitbekommen, was da passiert, später natürlich schon. Dann hat der Bundesjustizminister angerufen und gefragt, ob ich zur Verfügung stünde.

SPIEGEL: Es ging damals um die Frage, ob Journalisten des Internetportals Netzpolitik.org Staatsgeheimnisse veröffentlicht und sich damit des Landesverrats verdächtig gemacht hatten. Range sah das so, Minister Maas nicht. Range fühlte sich durch das Ministerium gegängelt, Maas bestritt das – wer hatte recht?

Frank: Ich war nicht dabei und weiß nicht, wer was wann zu wem gesagt hat. Daher kann ich es nicht bewerten.

SPIEGEL: Sie haben Ihre gesamte Karriere in Bayern gemacht und sind auf dem Ticket der CSU ins Amt des höchsten Strafverfolgers Deutschlands gekommen. Was darf man von Ihnen als Generalbundesanwalt erwarten, sind Sie ein harter Hund?

Frank: Was ist für Sie denn ein harter Hund, was macht ihn aus?

SPIEGEL: Ihre berufliche Heimat Bayern steht für eine harte Gangart in Strafverfolgung und Justiz. Stehen auch Sie für scharfe Anklagen und harte Urteile?

Frank: Wofür ich stehe, ist sicherlich die konsequente Strafverfolgung. Das zeichnet Bayern aus, damit ist Bayern nicht schlecht gefahren. Insoweit bin ich durch die bayerische Justiz sozialisiert. Konsequente Strafverfolgung bedeutet nicht zwingend scharfe Anklagen, sondern vielmehr ein Ende der Laissez-faire-Politik. Die Strafverfolgung muss ernst genommen werden.

SPIEGEL: In Kiel hat die Polizeileitung ihre Beamten ermächtigt, einfache Diebstähle von Flüchtlingen nicht zu verfolgen. So etwas gäbe es in Bayern nicht?

Frank: Garantiert nicht.

SPIEGEL: Stehen Sie also für eine Null-Toleranz-Politik?

Frank: Nein, der Begriff der „Null Toleranz“ ist ja aus Amerika zu uns gekommen. Wenn Sie sich die Auswirkungen dort anschauen, bin ich mir nicht sicher, ob eine Gesellschaft damit auf Dauer gut fährt: drakonische Strafen für relativ kleine Delikte, überfüllte Gefängnisse. Meines Erachtens würde da etwas aus dem Verhältnis geraten.

SPIEGEL: Sie sind seit drei Monaten im Amt, in turbulenten Zeiten: Deutsche Islamisten schließen sich Terrormilizen wie dem „Islamischen Staat“ an, die Anschläge auf Flüchtlingsheime häufen sich, die NSA-Affäre ist noch nicht ausgestanden. Müssen Sie nicht bald gewisse Sachverhalte ignorieren und nur die schlimmsten bekämpfen?

Frank: Ich kann keinen Fall oder keinen Bereich von vornherein ausschließen. Wenn wir konkrete Anhaltspunkte für Straftaten haben, müssen wir einschreiten, das ist das Legalitätsprinzip. Aber die Frage ist natürlich schon: Wo setzt man Schwerpunkte?

SPIEGEL: Islamisten, Kriegsverbrecher, Nazis, Spione, Linksextreme, Atomschmuggler – die Auswahl ist groß.

Frank: Der Krieg in Syrien und im Irak hat zu einer extremen Zunahme an Verfahren

im Bereich des islamistischen Terrorismus geführt. Zuletzt hatten wir mehr als 130 Ermittlungsverfahren mit 199 Beschuldigten – das ist sehr viel. Da müssen wir uns jetzt fragen: Was haben wir erreicht?

SPIEGEL: Was denn?

Frank: Die Staatsschutzsenate haben diverse Gruppierungen im Syrien-Irak-Konflikt als terroristische Vereinigung qualifiziert. Und wer sie von hier aus unterstützt oder als Mitglied einer solchen terroristischen Vereinigung am Konflikt dort teilnimmt, muss mit einer nicht geringen Strafe rechnen. Aber es gibt noch sehr viele Deutsche, die im Irak und Syrien auffällig sind. Viele Fälle davon verlaufen nach einem ähnlichen Muster: Beschuldigte, die sich drei, vier Monate lang dort ausbilden lassen oder kämpfen oder von Deutschland aus über Verwandte Geld dorthin schicken. Solche Fälle werden wir künftig öfter an die Landesstaatsanwaltschaften abgeben, dafür konzentrieren wir uns auf die Leute im Mittelpunkt.

SPIEGEL: Es gibt die Sorge, dass Terroristen als Flüchtlinge getarnt nach Deutschland kommen. Wie bewerten Sie aus Sicht eines Strafverfolgers, dass viele Flüchtlinge zunächst nicht registriert und erkennungsdienstlich behandelt werden?

Frank: Das haben Sie schon eingeleitet: als Strafverfolger. Als Strafverfolger wüsste man natürlich gern, wer hier ist. Aber ich muss die Situation nehmen, wie sie ist. Es gibt immer wieder Hinweise auf Personen, die im Syrienkonflikt auf der einen oder anderen Seite gekämpft haben sollen. Diesen Hinweisen gehen wir mit den Landesstaatsanwaltschaften und den Sicherheitsbehörden nach. Zuletzt haben wir einen Mann festgenommen, der als Kämpfer einer islamistischen Miliz Kriegsverbrechen begangen haben soll.

SPIEGEL: Wie groß ist die Gefahr?

Frank: Der „Islamische Staat“ hat die Fähigkeit, Attentäter nach Europa zu schmuggeln, das zeigen die Anschläge von Paris. Aber Hinweise darauf, dass er dies systematisch auch nach Deutschland tut, haben wir bislang keine.

SPIEGEL: Seit den Vorfällen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof scheinen viele zu glauben, die Justiz gehe zu lasch mit kriminellen Migranten um. Was meinen Sie?

Frank: Konkret auf Köln bezogen: Da zeigen sich eher die Schwierigkeiten von Ermittlungen. Ein großer Vorplatz, Dunkelheit, sehr viele Menschen – und nun müssen die Ermittler herausfinden, wer wen bestohlen und wer wen sexuell belästigt hat. Da geht es mehr um die Schwierigkeit, der Täter überhaupt habhaft zu werden, als um die Frage, ob die Justiz zu lasch ist oder nicht.

SPIEGEL: Es sind fast hysterische Zeiten. Sogar der russische Außenminister hat der deutschen Justiz – fälschlicherweise – vor-

geworfen, sie ermittle nicht ausreichend gegen Flüchtlinge. Was raten Sie der Justiz?

Frank: Die Justiz sollte sich immer dessen bewusst sein, was wir in den letzten 200 Jahren erreicht haben: einen Rechtsstaat, in dem die Rechte des Bürgers und auch die Rechte der Gemeinschaft wichtig sind. Wir müssen das richtige Maß finden zwischen den Strafverfolgungsinteressen und den Individualrechten des Einzelnen. Was wir nicht machen dürfen, ist, nur weil die Zeiten – wie haben Sie das vorhin genannt?

SPIEGEL: Turbulent, fast hysterisch sind.

Frank: Genau. Die Justiz darf jetzt nicht auch turbulent werden und mit Schnellschüssen und Überreaktionen antworten. Unsere Wertegemeinschaft lebt davon, dass wir sie verteidigen: Wir sind bereit, jene,



PETER-JUELICH / DER SPIEGEL

„Ein Grinseverbot kenne ich als Strafe nicht.“

Jurist Frank

die unsere Werte mit Füßen treten, mit den entsprechenden Konsequenzen zu belegen. Aber dabei muss klar sein, dass wir es im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Verfahren tun. Wir dürfen als Justiz nicht anfangen, ebenfalls Rechte mit Füßen zu treten. Nur so sind wir glaubwürdig.

SPIEGEL: Manche fordern jetzt mehr Schnellverfahren und härtere Strafen. Es könne doch nicht wahr sein, dass ein gerade verurteilter Täter grinsend aus dem Gericht gehe.

Frank: Ein Grinseverbot kenne ich als Strafe nicht.

SPIEGEL: Aber eine solche Szene, wie sie im SPIEGEL TV MAGAZIN vom 10. Januar zu sehen war, lässt einen doch daran zweifeln, ob hier das richtige Strafmaß gefunden wurde.

Frank: Sie haben Schnellverfahren angesprochen. Die gibt es seit vielen Jahren in Deutschland. Das sogenannte beschleunigte Verfahren wird bei eindeutiger Beweislage angewendet. Und generell gilt der alte Grundsatz: Die Strafe hat der Tat auf dem Fuß zu folgen, auch weil sie dann noch Wirkung hat. Aber wenn der Sachverhalt komplex ist, plädiere ich für Besonnenheit und Augenmaß: den Fall auszuermitteln und dann die richtigen Schlüsse zu ziehen.

SPIEGEL: In der Aufregung über kriminelle Migranten dürfen die Gewalttaten gegen Flüchtlinge nicht aus dem Blick geraten. Zahlen der Bundesregierung zeigen einen Anstieg auch der politisch motivierten Gewalttaten gegen Politiker. Wann schreiten Sie ein?

Frank: Wir sind bereits eingeschritten. Wir haben den Attentäter angeklagt, der die Kölner Oberbürgermeisterin verletzt hat. Wir haben mit der „Oldschool Society“ eine rechtsterroristische Organisation angeklagt, wir haben die Betreiber der rechten Plattform Altermedia in Untersuchungshaft genommen. Der Rechtsterrorismus ist ganz klar ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit unseres Hauses.

SPIEGEL: Erwarten Sie eine neue Welle des Rechtsterrorismus?

Frank: Wir beobachten Anschläge, ja Anschlagsserien, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Die Rechten haben sicherlich auch die Agitation im letzten Jahr deutlich verstärkt. Es ist nicht auszuschließen, dass sie sich, nachdem sie zersplittert waren, neu formieren.

SPIEGEL: Sie haben bisher darauf verzichtet, den Fall eines Angriffs auf Flüchtlinge oder ein Flüchtlingsheim an sich zu ziehen. Deswegen noch mal: Wann schreiten Sie ein?

Frank: Wir werden in dreierlei Fällen eingreifen: wenn solche Angriffe von einer rechtsterroristischen Vereinigung begangen werden. Wenn es dabei zu pogromartigen Szenen kommen sollte wie in den Neunzigerjahren in Rostock-Lichtenhagen. Oder wenn es Tote oder Schwerstverletzte durch einen Angriff geben sollte. Dann muss ein Gegenfanal gesetzt werden. Es geht darum, deutlich zu machen, dass wir solche Straftaten als so schwerwiegend für das friedliche Zusammenleben in Deutschland und das Ansehen Deutschlands im Ausland betrachten, dass die Staatsanwaltschaft des Bundes einschreiten muss.

SPIEGEL: Hat denn aber nicht irgendwann auch die Quantität eine Qualität? Die Vielzahl der Taten ist erschreckend, und nur selten werden die Täter ermittelt.

Frank: Das ist auch nicht so einfach. Den Brandsatz bereiten sie heimlich vor, sie kommen nachts, werfen ihn, verschwinden wieder.

SPIEGEL: Müssen die Staatsanwaltschaften in den Ländern mehr tun?

Frank: Wir arbeiten eng mit den Landesstaatsanwaltschaften und der Polizei zusammen. Wir haben Ansprechpartner vor Ort und informieren über unsere Erkenntnisse, um die Ermittler zu sensibilisieren. Dazu gehören gewisse Erkennungszeichen, die für bestimmte rechtsextreme Strukturen sprechen. Um es plakativ auszudrücken: Ein umgeworfener Grabstein mit einem Hakenkreuz muss nicht nur eine Sachbeschädigung oder vielleicht Volksverhetzung sein. Man kann solche Fälle auch auf Zusammenhänge analysieren – und überlegen, ob nicht die Gelegenheit besteht, das Bundeskriminalamt oder den Generalbundesanwalt einzuschalten.

SPIEGEL: Lassen Sie uns zum Abschluss noch zu einem anderen Thema kommen. Vor Ihrem Büro hängt das Porträt des ehemaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback, der 1977 von den Terroristen der Roten Armee Fraktion umgebracht worden ist. Auch alle seine Nachfolger jagten die RAF – und doch ist die dritte Generation der Terroristen nach wie vor frei.

Frank: Die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback ist sicherlich ein einschneidendes Ereignis gewesen, der Anschlag auf ihn war auch ein Anschlag auf die Behörde als solche. Dessen muss man sich bewusst sein. Bei den meisten Morden der dritten Generation der RAF ist bis heute unklar, wer dahintersteckt und wer als Täter dabei war. Das würde uns Strafverfolger, die Angehörigen und die Gesellschaft interessieren. Wir ermitteln seit Jahrzehnten.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Sie die dritte Generation dingfest machen können?

Frank: Zumindest drei Täter haben sich in den vergangenen Monaten gezeigt und Verbrechen begangen. Da könnten sich Möglichkeiten ergeben zuzugreifen. Vielleicht machen sie ja auch mal einen Fehler. Es wird nicht viele Gelegenheiten geben, aber wir haben eine Chance.

SPIEGEL: Herr Generalbundesanwalt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Dietmar Hipp, Frank Hornig und Fidelius Schmid in Karlsruhe.



PETER-JUELICH / DER SPIEGEL

Frank, SPIEGEL-Redakteure*

„Die Strafe hat der Tat auf dem Fuß zu folgen“